



Presseinformation

Nr. 26.177

09.06.2026

Reform versprochen, Kürzungen geliefert: Gesundheit und Pflege brauchen mehr als Sparpolitik

Zu den geplanten Kürzungen im Bereich Gesundheit und Pflege sagt der gesundheits- und pflegepolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Jasper Balke**:

Was hier als Reform verkauft wird, ist in Wahrheit eine Mogelpackung. Auf dem Papier steht ‚Gesundheit und Pflege zukunftsfest machen‘ – in der Realität geht es vor allem um Kürzungen. Das ist keine Strukturreform, das ist Sparpolitik auf dem Rücken von Patient*innen, Pflegebedürftigen, Angehörigen und Beschäftigten.

Wer unser Gesundheitswesen wirklich reformieren will, muss Versorgung verbessern, Bürokratie abbauen, Prävention stärken und Pflege endlich verlässlich absichern. Stattdessen drohen Leistungskürzungen, höhere Belastungen und noch mehr Unsicherheit für genau die Menschen, die ohnehin schon am Limit sind.

Besonders bitter ist das im Bereich Pflege. Pflegende Angehörige tragen jeden Tag einen riesigen Teil unserer Versorgung. Sie springen ein, wo das System längst Lücken hat. Wer ausgerechnet hier kürzt oder Ansprüche verschlechtert, hat die Realität vieler Familien nicht verstanden. Eine Pflegereform, die diesen Namen verdient, muss pflegende Angehörige stärken – nicht schwächen.

Auch im Gesundheitsbereich gilt: Kürzen ersetzt keine Reform. Wer will, dass im öffentlichen Gesundheitswesen nach Tarif bezahlt wird, kann nicht gleichzeitig Tarifsteigerungen aus der Refinanzierung streichen. Das trifft am Ende nicht abstrakte Strukturen, sondern die Menschen, die Versorgung leisten: Pflegekräfte, Therapeut*innen, medizinische Fachangestellte und viele weitere Gesundheitsfachberufe. Gute Versorgung gibt es nicht zum Spartarif.

Gerade die Gesundheitsfachberufe zeigen, wie kurzsichtig die aktuellen Kürzungspläne sind. Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie, Podologie und weitere Heilmittelberufe sind längst keine Randbereiche des Gesundheitssystems, sondern zentrale Säulen für Rehabilitation, Prävention, Teilhabe und Selbstständigkeit. Wenn die Abschaffung der Grundlohnsummenbindung, die Blankoverordnung in Physio- und Ergotherapie, Übergangslösungen für Schulgeldfreiheit oder überfällige Reformen der Berufsgesetze

und Ausbildungen infrage gestellt werden, dann werden mühsam erkämpfte Fortschritte der letzten Jahre zurückgedreht. Das ist keine Reform, das ist Rückabwicklung. Wer Gesundheitsfachberufe schwächt, verschärft Fachkräftemangel, gefährdet wohnortnahe Versorgung und sorgt dafür, dass aus behandelbaren Beschwerden chronische Probleme werden. Diese Berufsgruppen brauchen endlich eine stärkere politische Lobby, faire Vergütung, moderne Ausbildung und verlässliche Perspektiven.

Besonders deutlich wird die Schwäche der aktuellen Ausgabenlogik bei den drohenden Kürzungen in der Psychotherapie. Psychotherapie ist kein Luxus und keine verzichtbare Zusatzleistung. Sie ist medizinisch notwendig, verhindert Chronifizierung, Arbeitsunfähigkeit und Folgekosten. Wer hier kürzt, spart kurzfristig im Haushalt und produziert langfristig höhere Kosten für Gesellschaft, Sozialversicherung und Gesundheitswesen.

Genau hier bräuchten wir eine neue Return-of-Investment-Denke im Gesundheitssystem. Dort, wo evidenzbasiert klar ist, dass Investitionen in Gesundheit langfristig Kosten vermeiden, Erwerbsfähigkeit sichern und Lebensqualität verbessern, darf nicht gekürzt werden. Dort muss gezielt investiert werden. Das wäre ein Reformelement, das den Namen Reform tatsächlich verdienen würde.

Und ja: Wer ehrlich über die langfristige Finanzierung unseres Gesundheitssystems sprechen will, muss auch über die Trennung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung sprechen. Wir brauchen eine Reform hin zu einer solidarischen, einheitlichen Gesundheitskasse, verwaltet durch wenige leistungsfähige gesetzliche Krankenkassen, in die alle einzahlen. Private Zusatzversicherungen können dort ihren Platz haben, wo es um medizinisch nicht notwendige Zusatzleistungen geht. Aber die medizinisch notwendige Versorgung muss solidarisch, gerecht und verlässlich finanziert werden.

Gesundheit und Pflege sind keine beliebigen Kostenstellen. Sie sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wer hier spart, spart nicht abstrakt im Haushalt, sondern konkret an Menschen: an der Pflegekraft im Frühdienst, an der Tochter, die ihre Mutter zu Hause pflegt, am Patienten, der auf einen Therapieplatz wartet, an der Physiotherapeutin, die ihre Praxis kaum noch wirtschaftlich führen kann, und an den Kommunen, die Versorgung vor Ort organisieren müssen.

Deshalb ist klar: Reform darf nicht das Etikett für Kürzungspolitik sein. Eine echte Reform muss Versorgung besser machen, Pflege solidarisch absichern und die Menschen entlasten, die dieses System jeden Tag tragen. Alles andere ist eine Mogelpackung.

**Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

T 0431 988 1503
M 0172 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
sh-gruene-fraktion.de